

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

27.9.1929 (No. 225)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Kamen, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenabatt gilt und verwertet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Kontoführung fallen bei der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, bei der Infanterie keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wirtschaftliche Umschau

Die Kursrückgänge an den Börsen — Die Diskonterhöhung in England — Der Zusammenbruch des Hatry-Konzerns

Diese Woche begann auf den deutschen Börsen mit neuen bedeutenden Kursrückgängen auf der ganzen Linie. Nach den Gründen braucht man nicht lange zu suchen. Es fehlt an Vertrauen. Die verschiedenen Zusammenbrüche im Inland und auch im Ausland (Hatry-Konzern in London) mit ihren oft üblen Hintergründen und Ursachen wirken auf die Beurteilung der Gesamtlage zurück, und die Verluste aus diesen Zusammenbrüchen und durch Wertminderungen der Effekten treffen immer breitere Schichten. Den Rückgang des Vertrauens illustrieren auch die verschiedenen zum Teil begründeten, zum Teil nicht begründeten Klagen- und Bankrotts. Verschlimmernd wirkten auch die ungeklärte finanzpolitische Lage in Deutschland und die sich einer Sanierung der Reichsfinanzen entgegenstellenden Hemmnisse. Auf den verschiedenen Tagungen der Wirtschaft ist in der letzten Zeit immer wieder auf die grundsätzliche Wichtigkeit der Neuordnung der Reichsfinanzen hingewiesen worden, die auch Reichsernährungsminister Dietrich in seiner Konstanzer Rede beim Besuch des Reichsrats unterstrich.

Die von der Hochfinanz, den Großbanken beschlossene Stützungsaktion kann nicht diese eigentlichen Ursachen, die ja nicht auf börsentechnischem Gebiet liegen, beseitigen. Nachdem auch die Bankknoten vom Kursdruck erfasst wurden, mußten sich die Banken um den Gesamtmarkt kümmern, wie sie übrigens seit langem in besonderen Fällen Stützungsaktionen vorgenommen haben. Über rein markttechnische Maßnahmen und Interventionen hinaus werden aber überhaupt Reformen an der Börse verlangt und dabei darauf verwiesen, daß die Börsen in sich überlebt sind und von allen kapitalschwachen und unsicheren Elementen, die auf alle Weise ihre Unterhalt zu verdienen suchen, geäubert werden müßten.

Am Dienstag, am Tag darauf, erhoben sich die Börsen auf die bloße Ankündigung der von den Banken beschlossenen Intervention, die sich ja nicht nur auf die Berliner Börse erstrecken und da eingreifen soll, wo es unerlässlich erscheint. Eine besondere Überraschung kam dann im weiteren Verlauf der Woche durch den **Riesen-zusammenbruch im deutschen Bankgewerbe**, der natürlich den Bankknoten zugute kam. Eine weitere Auswirkung wurde durch die englische Diskonterhöhung aufgehalten. Andererseits zeigt die Fusion auch die Schwierigkeiten auf, mit denen das Bankgewerbe zu kämpfen hat, da sie ja auch mit der Notwendigkeit der Rationalisierung begründet wird. Ohne schwerwiegende Gründe wird ein Institut wie die Diskonto-Gesellschaft ihre Selbständigkeit nicht aufgeben haben.

Die Bank von London hat der Diskonterhöhung doch nicht mehr ausweichen können und den Diskontsatz um ein volles Prozent auf 6½ Proz. erhöhen müssen. Die im Hinblick auf die dauernden, vor allem nach Frankreich gehenden Goldabflüsse seit langem befürwortete Erhöhung hatte man bisher immer wieder versucht, im Interesse von Handel und Industrie zu vermeiden. Die Bank von London hat im Laufe dieses Jahres, um den Pfundkurs zu halten, rund 22 Mill. Pfund Sterling an Gold abgeben müssen.

Durch die Londoner Diskonterhöhung sind die Erörterungen über eine Ermäßigung des 7½ Prozent betragenden Satzes in Deutschland natürlich gegenstandslos geworden. Auch für den Zufluß an kurzfristigen Auslandsgeld ist das Zinsgefälle nun geringer. Ob Frankreich mit einer Erhöhung folgt, steht dahin, da hier sehr zahlreiche und starke Auslandsguthaben vorhanden sind, aus deren Devisenbeständen der einheimische Geldbedarf gedeckt werden kann. Auch die Schweiz hat wie Frankreich nun einen um 2 Prozent niedrigeren Diskontsatz als England. Die nordischen Länder Schweden, Norwegen und Dänemark folgten, ersteres mit 1 Proz., die beiden anderen Länder mit ½ Proz. Auch in Wien (7½ Prozent Diskontsatz wie in Deutschland) hat man Diskontförmigen, da man fürchtet, den derzeitigen Diskontsatz bei dem starken Abfluß von Guthaben nicht halten zu können.

Letzte Nachrichten

Die englisch-amerikanischen Beziehungen

Der Besuch Macdonalds bei Hoover

W.B. London, 26. Sept. (Reuter) Zu dem bevorstehenden Besuch des Premierministers Macdonald beim Präsidenten Hoover wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß es sich bei diesem Besuch nicht so sehr um eine Mission zur Behandlung einer bestimmten Frage handelt, wie um einen Besuch des guten Willens im Interesse der eng-lich-amerikanischen Beziehungen. Macdonald würde — so heißt es in der Erklärung weiter — enttäuscht sein, wenn sein Besuch nicht einen günstigen Einfluß auf die Herstellung der größten Sympathie zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ausüben würde.

Macdonald, der am Samstag früh von Southampton mit dem Dampfer „Berengaria“ die Reise nach New York antreten wird, gedankt am 4. November, d. h. etwa eine Woche nach der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeiten, wieder in England zu sein. Während seiner Abwesenheit wird, wie bereits gemeldet, Snowdon stellvertretender Premierminister und Führer der Partei im Unterhause sein.

Der Reichskanzler wieder in Berlin

W.B. Berlin, 27. Sept. (Tel.) Reichskanzler Müller traf heute morgen, von Böhlerhöhe kommend, in Berlin ein. Zu seiner Begrüßung hatten sich auf dem Anhalter Bahnhof die Reichsminister Severing und Wiffel, Staatssekretär Dr. Bänder mit den Herren der Reichskanzlei und Ministerialdirektor Dr. Brest eingefunden.

Forderungen Pariser Blätter zur Saarfrage

W.B. Paris, 27. Sept. (Tel.) Im Anschluß an die gestern abgehaltene Sitzung des französischen interministeriellen Ausschusses für die Saarfrage weist „Journal“ auf die bereits jetzt feststehenden Grundgedanken des französischen Programms hin. Es wiederholt die Erklärung, daß die französische Regierung in erster Linie den Wunsch hätte, aus dem Saargebiet ein Versuchsfeld für eine deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit zu machen. Wenn eine Rückgabe der Gruben stattdessen möglich, könne sie nur in der Form eines Rückkaufes erfolgen, bei dem der Preis von der Reparationskommission festzusetzen wäre. Die Frage der Verlegung der Volksabstimmung um ein Jahr dürfte nicht ausgeschlossen werden.

„Excelsior“ betont, daß die Veräußerung der Saargeuben durch Frankreich nicht ohne Gegenleistung in Form einer Dauerregelung der Zölle und der für die französische Metallindustrie unentbehrlichen Lieferung von Saartohle erfolgen könne. Eine deutsche Regierung mit weniger friedlichen Bestrebungen als die jetzige könne bei einer politischen Krise ihre Rechte dazu benutzen, um den Industrien Ostfrankreichs ihren Beitrag zur nationalen Verteidigung unmöglich zu machen.

Die Einwanderung in Kanada

W.B. Ottawa, 27. Sept. (Tel.) Nach der Tagung der Konferenz der an der Einwanderung interessierten Transportgesellschaften wurde eine Erklärung veröffentlicht, die besagt, die britische Einwanderung werde nächstes Jahr weiter gefördert werden. Die Erklärung empfiehlt, gewissen friedlichen der britischen Einwanderer einen Teil des Jahrespreises zu ersetzen. Die Einwanderung aus den Vereinigten Staaten sowie aus Nordamerika soll im gleichen Verhältnis wie bisher bleiben. Landarbeiter aus Mitteleuropa und Landwirtschaftsfamilien, die über das zur Bewirtschaftung eines eigenen Hofes nötige Kapital verfügen, sollen willkommen sein.

Der erwähnte Zusammenbruch der englischen Hatry-Gruppe hat sich zu einem Riesenfinanzskandal ausgewachsen, und die Verluste werden in der niedrigsten Schätzung auf 6 Millionen Pfund Sterling, also 120 Millionen Reichsmark, angegeben. Andere Angaben sprechen von viel höheren Verlusten. Der Leiter dieser Finanzgruppe, Clarence Hatry, ein Großspekulant und berufsmäßiger Gründer, hat schon einmal 1925 einen schweren Zusammenbruch erlebt. Damals brach seine Commercial Bank of London vollständig nieder und bald darauf eine von ihm gegründete Glasgesellschaft und eine Zute-Industriegesellschaft, wobei das gesamte Aktienkapital verloren wurde. Das hinderte Hatry nicht — der erst wenig über 40 Jahre alt ist und vor nicht allzu langer Zeit Angestellter einer Versicherungsgesellschaft war — in die London-City zurückzukehren, immer neue Gelder aufzubringen und weitere große Neugründungen vorzunehmen. Unter diesen befindet sich eine Kaufhausgesellschaft und die englische Photomatongesellschaft, von deren Zusammenbruch aber die französische Continentale Photomatongesellschaft nicht betroffen sein soll. Auch Anteile an einer Stahlgesellschaft hat Hatry erworben, womit er einen großen Teil der englischen Stahlindustrie nach seinen Plänen rationalisieren wollte. Noch weitere Gründungen wurden in den Zusammenbruch hineingezogen. Leidtragende sind auch viele kleine Kapitalisten, die mit Aktien der Gesellschaften spekulierten.

Die Reise des Reichsrats durch Baden

Der Reichsrat in Mannheim

Der Reichsrat beendete am Donnerstag seine Besichtigungstour durch Baden mit einem Besuch der Stadt Mannheim. Am Vormittag fand eine Besichtigungsfahrt durch die Hafenanlagen von Rheinau und Mannheim statt.

Am Nachmittag traf man sich im Mannheimer Schloß zu einer Aussprache mit den Vertretern der Wirtschaftskreise des Mannheim-Heidelberger Gebietes.

Reichsinnenminister Severing, der den Besichtigungen hatte beiwohnen wollen, mußte in letzter Stunde telegraphisch absagen. Das Reichsinnenministerium war durch die Herren Staatssekretäre Zweigert, Ministerialdirektor Reichardt und Oberregierungsrat Horning vertreten. Ferner waren anwesend, außer der badischen Staatsregierung, Vertreter der preussischen, der bayerischen und der sächsischen Regierung, ferner Vertreter Württembergs, zahlreiche Abgeordnete, Vertreter der Wirtschaft, des Handels usw.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich (Mannheim) nahm zur Frage der Reichsreform Stellung. Er schlug die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Städten Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg vor. Aus der Reihe von Spezialwünschen Mannheims griff Dr. Heimerich als besonders bedeutungsvoll die Frage der Schaffung einer neuen Rheinbrücke heraus und ging weiter auf eine Reihe dringender Verkehrs Wünsche Mannheims ein.

Handelskammerpräsident Enel (Mannheim) gab ein eingehendes Bild der Wirtschaftslage Mannheims und verwies nachdrücklich auf den andauernden jahrelangen Kampf zwischen dem Lande Baden und der Deutschen Reichsbahn in der Frage der Tarifgestaltung. Die Reichsbahn führe seit langem einen erbitterten Kleinkrieg gegen die badische Rheinschiffahrt. Zum Schluß streifte der Redner die unbegriffene Einstellung der Reichsbahn gegenüber einer besseren Verbindung zwischen Mannheim und Schwetzingen.

Als Vertreter der Arbeitnehmer des Mannheimer Bezirks sprach Stadtoberkämmerer und Gewerkschaftssekretär Kraft.

Oberbürgermeister Dr. Reinhaus berichtete schließlich über die Räte der Stadt Heidelberg, das als Universitäts- und Fremdenstadt sehr unter der unglücklichen Grenzziehung zu leiden habe. Er forderte, daß der wirtschaftliche und geistige Austausch zwischen den beiden Ufern des Rheins gefördert werde. Von einschneidender Bedeutung sei dabei die Verlegung des Reichsbahnhofes in Heidelberg, die trotz jahrelanger Bemühungen noch immer keine rechten Fortschritte mache. Namentlich der Fremdenverkehr leide unter diesen unhaltbaren Bahnhofsverhältnissen. Auch die Festspiele könnten ohne Zuwendungen nicht weitergeführt werden.

(Wir werden die Reden noch ausführlich bringen.)

Als Vertreter des Reichsrats sprach dann der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Senator Dr. Reibtan (Bremen), den Dank der Gäste für den gastfreundlichen und herzlichen Empfang, den der Reichsrat in Baden und besonders auch in Mannheim gefunden habe, aus. Mannheim sei nicht nur rein äußerlich Ende und Abschluß der Reise des Reichsrats — die Studienfahrt sei mit Mannheim auf ihrem Höhepunkt angelangt. Bei ihrer Rundfahrt durch den Hafen hätten die Mitglieder des Reichsrates hinter den Mauern der Fabriken und in den Kontoren der Handelshäuser die Sorge lauern sehen. Sie hätten Vorschläge gehört, diese Sorgen zu bannen. Diese Vorschläge werde der Reichsrat gewissenhaft prüfen, soweit er dazu berufen sei, was allerdings nicht in allen Fragen geschehen könne. Das gelte insbesondere von der überaus wichtigen und schwierigen Frage der Reichsbahnpolitik und der Seehafenausnahmetarife, die die deutsche Seeschiffahrt und den deutschen Seehandel eng berührten. Dr. Reibtan schloß seine Ansprache unter herzlichem Beifall der Versammlung mit Dankesworten an die Stadt Mannheim als Gastgeberin.

Zusammenkunft im Ritteraal

Ein Abendessen im Ritteraal des Schloßes, gemeinsam gegeben von der Stadt Mannheim und der Handelskammer, bildete den Abschluß des Tages.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich entbot in kurz gefaßter Rede den Gruß der Gastgeber. Er wies in launigen Worten auf den Pfälzer Volkscharakter hin, in dessen Wesen es liege, das Herz auf den Lippen zu tragen. Der Pfälzer sei aber auch fröhlich von Natur und er hoffe, daß den Gästen heute noch ein froher Abend hier beschieden sei.

Den Dank der Gäste erstattete der thüringische Staatsminister Dr. Paulsen. Er gedachte der starken Eindrücke, die der Reichsrat gerade in Mannheim empfangen habe und glaubt, in Aussicht stellen zu können, daß diese Eindrücke zur rechten Stunde ihre Wirkung ausüben würden. Der Redner gab dann einen längeren Rückblick über den Verlauf der ganzen Reise und sprach insbesondere dem badischen Staatspräsidenten, der die Anregung zu dieser Fahrt gegeben hatte, und seinen Mitarbeitern den Dank des Reichsrats aus. Sein Hoch galt dem badischen Lande, seinem Staatspräsidenten und der Stadt Mannheim.

In angeregter Aussprache beweilten die Gäste noch lange Zeit in den festlichen Räumen des Schloßes.

Am heutigen Vormittag trat der Reichsrat die Weiterreise nach der Pfalz an, die ihn u. a. nach Bismarckheim, Speyer, Landau, Annweiler, Pirmasens, Zweibrücken und Kaiserslautern führen wird.

Neuwahlen in der Tschechei. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik löste am Mittwoch durch Handschreiben an den Ministerpräsidenten das Abgeordnetenhaus und den Senat auf. Die Parlamentswahlen werden auf den 27. Oktober festgesetzt.

Die Riesenbankfusion

„Deutsche Bank“ und „Discontogesellschaft“

Die angekündigte Vereinigung der beiden größten deutschen Banken zur „Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft“ ist am Donnerstagmorgen von den Aufsichtsräten beider Unternehmungen beschlossen worden. Ein Donnerstagabend ausgegebenes Kommuniqué besagt u. a.:

„Die Aufsichtsräte haben beschlossen, die Vereinigung beider Banken ihren Generalversammlungen am 29. Oktober 1929 vorzuschlagen. Das vereinigte Institut wird die Firma „Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft“ führen und ein Aktienkapital von 285 Millionen Reichsmark mit circa 160 Millionen Reichsmark Reserven erhalten. Von dem Aktienkapital fallen 185 Millionen Reichsmark den Anteilseignern der Disconto-Gesellschaft im Verhältnis von 1 : 1 zu.

Den Aufsichtsräten, Geschäftsinhabern und Vorständen der Norddeutschen Bank in Hamburg, des A. Schaaffhausenschen Bankvereins AG in Köln, der Rheinischen Creditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG in Mannheim soll angeboten werden, in alsbald einberufenden Sitzungen zu beschließen, den Generalversammlungen die gleichzeitigen Vereinigungen dieser Banken mit der „Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft“ vorzuschlagen. Für diese Vereinigung der Norddeutschen Bank in Hamburg und des A. Schaaffhausenschen Bankvereins AG in Köln werden keine Aktien benötigt, weil deren gesamte Aktienkapitalien der Disconto-Gesellschaft gehören.

Die zur Übernahme der Rheinischen Creditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft AG erforderlichen, übrigens nicht erheblichen Aktienbeträge der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft werden Großaktionäre gegen Barverrechnung zur Verfügung stellen.“

In dem Kommuniqué der Banken heißt es weiter: „Diese Entschlüsse der Verwaltungen unserer beiden größten Aktienbanken stellen einen bedeutungsvollen Schritt dar, um im Bankgewerbe der Überzeugung zu begegnen. Sie folgen damit den seit mehreren Jahren von großen Banken des Auslandes und Industrieunternehmen des Inlandes eingeschlagenen Wegen. Die Vereinigung der beiden Bankkongerue, welche fast an hundert deutschen Plätzen und in Berlin mit zahlreichen eng benachbarten Depositionen vertreten sind, wird Erparnisse an Betriebskosten, sachlicher und personeller Art erbringen, auch Abstoßung von Immobilien ermöglichen, damit also als Nationalisierungsmaßnahme den Interessen unserer Gesamtwirtschaft gerecht werden. Bei der durchzuführenden Nationalisierung werden die sozialen Gesichtspunkte im Auge behalten.“

Über 100 Aufsichtsräte

Der Aufsichtsrat der neuen Bank wird durch die Zusammenlegung der größte aller deutschen Aktiengesellschaften werden. Die Deutsche Bank hatte bisher 63 Aufsichtsratsmitglieder, die Disconto-Gesellschaft 46. Da außerdem die drei bisherigen Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Dr. Salomonsohn, Dr. Ruffel und Franz Urbig neu in den Aufsichtsrat eintreten, wird das gesamte Gremium aus 112 Herren bestehen.

Die neue österreichische Regierung

Regierung der Arbeit und Ordnung

Die neue österreichische Regierung Schöber ist gebildet und am Donnerstagabend vom Nationalrat mit 84 Stimmen der Christlichsozialen, Großdeutschen und des Landbundes gegen 69 Stimmen der Sozialdemokraten bestätigt worden. Noch in vorgezogener Abendstunde nahm Bundespräsident Miklas die Vereidigung vor. Die Regierung hat folgende Zusammensetzung:

Bundeskanzler: Polizeipräsident Schöber,
Vizekanzler und Minister für Heereswesen: Flugoin,
Justizminister: der bisherige Justizminister Dr. Elama,
Minister für soziale Verwaltung: Universitätsprofessor Dr. Theodor Juniter,
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft: der bisherige Minister Fördermeier,
Minister für Handel und Verkehr: der gewesene Bundespräsident Dr. Michael Gainsch,

Der bisherige Vizekanzler Schumy wird das Ressort des Innern übernehmen. Mit der Leitung der Ministerien für Finanz und Unterricht soll einstweilen Bundeskanzler Schöber betraut werden. In Aussicht genommen sind hierfür Prof. Redlich und Prof. Eitelberg.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts zeichnet sich dadurch aus, daß neben den ersten Persönlichkeiten als Vertreter der Mehrheitsparteien hervorragende Männer der Wissenschaft berufen worden sind, deren Namen auch weit über die Grenzen Österreichs hinaus einen guten Klang haben. Dies gilt besonders von dem auch als Nationalökonom bekannten früheren Bundespräsidenten Dr. h. c. Michael Gainsch, der mit 71 Jahren das älteste Mitglied der Regierung ist. Universitätsprofessor Eitelberg, 1860 geboren, ist der gefuchteste und international bekannte Chirurg der Wiener medizinischen Schule. Der für das Finanzministerium in Aussicht genommene Universitätsprofessor Dr. Josef Redlich, geboren 1869, war auch im Kabinett Lammasch, dem letzten der Monarchie. Der neue Minister für soziale Verwaltung, Dr. Juniter, Professor der Theologie, geboren 1875, war im abgelaufenen Studienjahr Rektor der Wiener Universität.

Das Kabinett Schöber findet in der gesamten bürgerlichen Wiener Presse eine außerordentlich günstige Aufnahme. Auch der ziemlich links gerichtete „Tag“ ist mit der Zusammensetzung der neuen Regierung einverstanden, nur die Arbeiterzeitung lehnt sie ab.

Barter Gilbert bei Hoover

W.W. Washington, 27. Sept. (Tel.) Barter Gilbert wurde gestern von Hoover und Staatssekretär Stimson empfangen. Der Reparationsagent lehnte es Pressevertretern gegenüber ab, die Frage, ob er das Reparationsproblem mit Hoover besprochen habe, zu beantworten. Es verlautet jedoch, daß er mit Staatssekretär Stimson die allgemeine Wirtschaftslage in Europa sowie die im Youngplan enthaltene Revision der deutschen Reparationszahlungen erörtert hat.

„Blod der Mitte“. Zu der Meldung, daß das Zentrum und die Demokraten in den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt a. d. O. die Aufstellung gemeinsamer Listen mit der Kennzeichnung „Blod der Mitte“ für die Provinziallandtagswahlen beschlossen hätten, erzählt die „Germania“, daß diese Mitteilung den Tatsachen voraussetzt. Wichtig sei, daß über diese Frage Besprechungen im Gange seien. Sie seien jedoch noch nicht abgeschlossen und bezögen sich lediglich auf die Provinziallandtagswahlen, nicht auf die Gemeinde- und Kreislandtagswahlen.

Der Besuch des Reichsrates in Baden

Begrüßung durch den Staatspräsidenten in Karlsruhe

Zunächst geben wir den Wortlaut der Begrüßungsrede des Staatspräsidenten in Karlsruhe im nachstehenden wieder:

Staatspräsident Dr. Schmitt

Sehr verehrte Damen und Herren!

Namens der badischen Staatsregierung begrüße ich Sie alle recht herzlich in der Landeshauptstadt. Sie werden mit mir einig sein, daß ich von Einzelbegrüßungen Abstand nehme, vielmehr sofort meiner großen Freude Ausdruck gebe darüber, daß Herren der Reichsregierung und der Länderregierungen gemeinsam mit dem Reichsrat das badische Land und seine Hauptstadt besuchen, um unmittelbar zu sehen und aus dem Munde der hier erschienenen Träger der badischen Interessen, die ich ebenfalls begrüße, zu hören, welches die kulturelle, die wirtschaftliche und die soziale Lage in Baden früher war und wie diese jetzt herabgefallen ist, seitdem wir Grenzland geworden sind. Wir haben diese Lage der Reichsregierung, dem Reichsrat, dem Reichstag und der ganzen badischen und deutschen Öffentlichkeit durch

die badische Denkschrift

bekannt gegeben. Diese hat vielleicht nur den einen Fehler, daß sie zu sachlich, zu objektiv und zu ruhig gehalten ist. Wenn ich nun auch im allgemeinen auf jene Denkschrift hinweise, so muß ich doch einzelne Punkte besonders hervorheben. Dabei kann ich aber nur eine allgemeine Übersicht geben; die Einzelheiten wurden und werden von besonderen Sachverständigen vorgetragen.

Ich beginne mit der großen Notlage der ältesten deutschen Kulturstätten, mit unsern 3 Hochschulen. Diese müssen die Empfänger deutscher Kultur in der gefährdeten deutschen Südwestecke bleiben. Ihre Betreuung ist daher nicht nur eine badische, sondern eine allgemein deutsche Aufgabe.

Die an sich ungünstige Lage Badens ist durch

die neue Grenzziehung

verschlechtert worden. Zu den 262 km alter Reichsgrenze gegen die Schweiz sind weitere 182 km gegen Frankreich gekommen, das sich im ganzen 444 km Grenze. Der Schwerpunkt Badens liegt zudem in der Rheinebene und gerade die natürliche Einheit dieser Ebene wird durch die neue Grenze zerschritten. Kein Land hat deshalb eine so starke Auswanderung nach dem Ausland und Abwanderung nach dem deutschen Inland erwiehert und andererseits eine so bedeutende Zuweisung von elässischen Flüchtlingen aufzuweisen wie Baden.

Von den rund 255000 landwirtschaftlichen Betrieben sind rund 85 Proz. Zwergbetriebe unter 5 ha. Nach der Reichsvermögenssteueranalogie (Reichsratsdrucksache Nr. 43 von 1929) sind in Baden von der Gesamtzahl der 390000 landwirtschaftlichen Einheitswerte nur 85000, das sind 22 Proz., vermögenssteuerpflichtig, d. h. nur sie besitzen einen Vermögenswert von mehr als 5000 RM. In dem benachbarten Hessen ist die Zahl der landwirtschaftlichen Einheitswerte über 5000 RM schon 35 Proz. aller landwirtschaftlichen Einheitswerte. Groß ist die Not unserer Landwirtschaft, besonders in den ärmlischen Verhältnissen des Oberrheins und des Schwarzwalds samt Hohenlohe. Die Erträge an Brotgetreide, Gerste, Hafer, Kartoffeln, ferner die Restflüche, die Handelsgewächse, die Zahl des Großviehs und der Schweine ist erheblich zurückgegangen ebenso wie die Größe der einzelnen Betriebe.

Die Handelsbeziehungen und der Verkehr nach der linken Seite des Rheins sind gehemmt. Die Wirtschaft auf der französischen Seite hat günstigere Zollbedingungen, geringere Löhne, mildere Steuern als die badische Wirtschaft; sie hat daher im Wettbewerb den Vorsprung vor Baden. Der Verlust des Absatzgebietes im Elsaß, im Saargebiet und in Luxemburg macht sich nirgendwo so geltend wie in der Südwestecke Deutschlands. Die badische Schrittholzfahrt nach dem Saargebiet, Elsaß, Luxemburg und der Schweiz ist von 171000 cbm 1913 auf 68000 cbm 1928 abgenommen. Der Rückgang der Industrie und des Handwerks drückt sich im Niedgang des Betriebsvermögens aus, soweit es steuerlich erfaßt wurde; es ist von mehr als 2 Milliarden vor der Inflation auf 1 Milliarde heute zurückgegangen. Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß der Bedarf an Gerichtsvollziehern in Baden ständig wächst.

Unsere Wirtschaft hat zu kämpfen, um sich über Wasser zu halten. Ich nenne nur einige Beispiele von geschädigten Betrieben: Waggonfabrik Heidelberg und Kattatt, Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe, Eisenwerke Wagnenau, Badische Lokalbahn A.-G., Lang, Mannheim, und die fast daniederliegende Baumwollweberei in Baden. Die Zahl der Erwerbslosen ist weit über dem Durchschnitt. Dazu kommt die weiter fortschreitende Konzentration der Wirtschaft in großen Städten, die vorwiegend außerhalb Badens liegen.

Baden wünscht keine Bevorzugung des Westens vor dem Osten; aber es bittet

um paritätische Behandlung mit dem Osten

Badisches Landestheater

„Orpheus und Eurydike“

Zwischen den Neueinstudierungen von Wagners „Ring“ auch des andern großen Opernreformators zu gedenken, mochte nicht ganz uninteressant scheinen. Daher darf man sich aufrichtig freuen, daß des Ritters Christoph Willibald von Gluck — die Pariser Oper ehrte ihn bekanntlich durch die Inschrift: „Musas praeposuit Sirenis“ — bedeutendstes Musikdrama „Orpheus und Eurydike“ eine Neuaufführung erfuh. Zwar reichen sich darin wie in der „Phigierie in Aulis“ Gluck als Schöpfer der Partitur und Wagner als deren Bearbeiter und Umdeuter keineswegs die Hände, aber als Reformist ist gerade der „Orpheus“ trotzdem nicht minder wichtig und unter dem Gesichtspunkt dramatischer Einfachheit maßgebend.

Gewiß, diese Oper, wohl das älteste und ehrwürdigste Reperertoirestück unserer Bühnen, trägt noch heute die äußere Form ihrer Entstehungszeit; sie kann vor allem bei der so einfachen, klar gegliederten und wie man gegenwärtig wohl sagt, statisch ausgewogenen Handlung nicht den etwas unorganischen Einbau von Tanz und Pantomime verzeihen. Das ist aber, was jede Neugestaltung immer noch ein bißchen problematisch macht, und wobei sich zeigt, daß vom Erhabenen zum Lächerlichen oft nur ein kleiner Schritt ist. Man könnte es freilich auch Desillusionierung des eigentlichen Szenencharakters nennen, wenn plötzlich eine moderne bewegungsmäßige Gestaltung menschlicher Körper sich als Hauptzweck sichtbar aufdrängt, und ich vertrete recht gut die Leute, die in solcher Labamifizierung eine Profanation des Ganzen sehen. Doch ist immerhin zu fragen: Wie soll man die Tanzkunst, deren Verdrängung Gluck beim Bau seines Wertes offenbar sehr konstitutiv beabsichtigt hat, heute ausdeuten? Harald Josef Fürstmann, dem diese schwierige choreographische Aufgabe hier oblag, hat sie nach meinem Dafürhalten teilweise recht gut gelöst. Sowohl im ersten wie im letzten Bild gab es keine Stille im Hintergrund, die den Eindruck schmerzlicher und freudig-lustiger Geschehens jenen konnten. Schwächer war

In dieser Beziehung wird manches nachzuholen sein. Es wird genügen, wenn diese Frage hier nur angedeutet wird.

Die wichtigste Frage für ein Land ist

die Verkehrsfrage.

Von dem Verkehr hängt die ganze wirtschaftliche Lage eines Landes ab. Ich will nicht davon sprechen, daß einige Bahnlücken trotz haarscharfgehaltener Verpflichtung von der Reichsbahn nicht gebaut werden, ich will nur von der Tarifnot reden.

Der Normaltarif der Reichsbahn tritt immer mehr in den Vordergrund; dafür werden die Ausnahmetarife, die Kampf- oder Konkurrenztarife, die K-Tarife immer zahlreicher. Das Tarifsystem der Reichsbahn unterbindet der Rheinschiffahrt den Atem, welche an sich schon durch Streit, durch den kalten Winter und durch wesentlich höhere Löhne, als sie die nichtdeutsche Rheinschiffahrt hat, so außerordentlich leidet. Die Sorge für die Rheinschiffahrt ist aber nicht nur eine badische Frage, sondern eine allgemein deutsche. Man müßte es außerordentlich bedauern, wenn die deutsche Flotte auf dem Rhein immer mehr und mehr zurückginge würde. Es muß erreicht werden, daß der Rheinschiffahrt die ihr in der Vorkriegszeit eigentümlichen Güterarten zur Befrachtung erhalten bleiben.

Im übrigen verlangt die badische Wirtschaft ausreichende Umschlagstarife für unsere badischen Häfen und einen Staffeltarif, bei dem die Tarife für nahe Entfernungen abgemildert werden. Die bestehenden Durchfuhrtarife werden in Baden nicht verstanden. Ausländische Mühlenfabrikate kosten z. B. pro Tonne und Kilometer per Bahn von Mannheim nach Basel ein vielfaches des Satzes, welcher für die Strecke Hamburg-Basel gilt. Ausländisches Schmittholz hat auf der Durchfuhrstrecke Salzburg-Kehl je Kubikmeter einen Tarif von 9,60 RM., auf einer gleichlangen deutschen Innenstrecke einen Tarif von 16,32 RM.

Das durch Deutschland durchgeführte ausländische Holz ist dem badischen Holz wegen der billigen Durchfuhrtarife im wirtschaftlichen Wettbewerb überlegen, abgesehen von dem Zeitgewinn, den die ausländischen Holzlieferanten dadurch genießen, daß sie das Holz nicht auf Umwegen um Deutschland herum, sondern auf der kürzesten Linie durch Deutschland hindurchführen.

Auch in bezug auf die Beschaffungsaufträge hat Baden berechtigten Anlaß, sich über Zurücksetzung zu beklagen. Was uns ferner fehlt, das ist eine genügende Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft und in Referentenstellen im Reichsverkehrsministerium. Auch auf diesem Gebiet verlangen wir Parität.

Auch unsere Wünsche nach Elektrifizierung der Rheintalbahn sind Ihnen nicht unbekannt. Wir hoffen mit Bestimmtheit, daß gleichzeitig oder mindestens alsbald nach der Elektrifizierung der Linie München-Suttgart-Karlsruhe-Kehl, auch die Elektrifizierung der Rheintalbahn in Angriff genommen wird und daß dann allmählich eine einheitliche elektrische Linie Italien-Schweiz-Rheinland-Holland zustande kommt.

Auch die Bewirtschaftung öffentlicher Gelder

läßt viel zu wünschen übrig. Die aus Baden stammenden, in Berlin konzentrierten öffentlichen Gelder fließen nicht in dem Maß der badischen Wirtschaft zu, wie das früher der Fall war. Mit andern Ländern bedauern wir ferner, daß die Reichssteuererhebungen immer noch auf einem unrichtigen Verteilungsschlüssel beruhen, daß durch die Reichsgesetzgebung Kürzungen ohne Rücksicht auf die Belange von Ländern und Gemeinden vorgenommen werden und daß deswegen die finanzielle Lage von Land und Gemeinden zum großen Teil als Folge einer abänderungsbedürftigen Reichsfinanzgesetzgebung eine so ungünstige ist.

Wir haben sodann nicht den geringsten Zweifel, daß die 3 Rheinbrücken gebaut werden müssen und daß auch finanzielle Gründe hier keine Verschiebung rechtfertigen; die bestehende Verkehrsnot zwischen den beiden Ufern des Rheins ist unerträglich, besonders zwischen Mannheim und Ludwigshafen.

Sehr groß sind unsere Aufwendungen für die Straßen. Das langgestreckte Land ist Durchgangsgebiet für den gesamten Autoverkehr des Inlands und Auslands; insbesondere kann das eine festgestellt werden, daß der Autoverkehr von der linken Rheinseite nach der rechten Rheinseite abwandert. Die Straßen im besetzten Gebiet von Kehl sind besonders hart mitgenommen worden.

Der Kehler Hafen leidet durch die Konkurrenz des Straßburger Hafens. Es wird eine deutsche Angelegenheit sein, den üblichen deutschen Rheinhäfen besonders zu betreuen. Wir hoffen auch, daß die Ringüberlegung und die Erbauung des Kehler Grenzbahnhofes so in die Wege geleitet wird, wie es den vaterländischen und den finanziellen Bedürfnissen des besetzten badischen Gebietes entspricht.

Und zum Schluß betrachten wir es als eine Selbstverständlichkeit, daß das besetzte badische Gebiet gleichzeitig mit dem übrigen besetzten Gebiet frei werde; mit Dank für das bisher Geschehene bitten wir Sie, verehrte Herren, um weitere tatkräftige Unterstützung und Hilfe.

allerdings die Ballettmittwirkung in der Söllenszene und besonders in den elysischen Gefilden; sie entsprach keineswegs dem Vorstellungsideal, das man allein von der begleitenden Musik her in sich trägt, sie war auch etwa als Wastel modern geschauten Hellenentums fast unmöglich, obwohl man ohnehin bei einer Gluck-Inszenierung nicht unbedingt an eine Kopie des alten Griechenlandes denken darf. Defizit war Gluck doch wohl schon zu sehr literarisiert und in den Anschauungen des Barock und sogar des beginnenden Rokoko befangen. Mit seiner Klarheit vertrat sich schon sehr wohl eine Gavotte, wenn sie auch gegenüber Mozart noch eine distanzierende Herbitheit voraussetzte.

Soviel zunächst der sachlichen Einwände zum aktuellen Problem des Bewegungsspiels überhaupt und zu seiner speziellen Verwendbarkeit bei Gluck, wobei andererseits doch anzuerkennen bleibt, daß sich die mit dem Ballett verknüpfte Fürtentanzschule und Kinsterschule rechtliche Mühe gab. Ähnliches wäre auch zu den Dekorationen Torsten Hedts zu sagen, deren hyperstilisierte Gleichform nicht immer zum wechselnden Charakter der Musik paßte. Im übrigen war Hauptträger der Aufführung die überragende Vertreterin der einen Titelrolle: Magda Straß, nicht nur weil sie in allen Momenten der Handlung das Menschliche der Gestalt in den Vordergrund rückte, sondern weil sie auch ihrer gesanglichen Leistung jedes übertriebene dramatische Pathos fernhielt und von Herzen kommende und zu Herzen gehende Töne schlichter Reinheit fand. Auch Marie Janz hatte füglich als Eurydike wieder außerordentliche stimmliche Qualitäten in die Wagshawale zu legen, schade nur, daß sie füglich der Erscheinung entmachte ist, die sie zu verkörpern hatte. Ein vorteilhafteres Kostüm hätte hier übrigens einiges mildern können. Mit musikalischem Einfühlungsvermögen waren weiterhin noch Elise Mann (Gros) und Ellen Winter (seliger Geist) bei der Sache. Als Dirigent sorgte Rudolf Schwarz mit dem ihm eigenen intuitiven Gefühl dafür, daß es seinen toten, nicht einmal einen müden Punkt gab. Besonders ist auch die große Sorgfalt zu rühmen, die er den chorischen Teilen angedeihen ließ. Der günstige Gesamteindruck des Abends wurde wesentlich dadurch bestimmt.

G. Sch.